

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

mit der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage: Auer Sonntagsblatt.

Sprechstunde der Redaktion mit Ausnahme der Sonntage nachmittags 4—5 Uhr. — Telegramm-Adresse: Tageblatt Auergebirge. Fernsprecher 33. Für unerlangt eingesandte Manuskripte kann Gewähr nicht geleistet werden.

Anzeigenpreise: Die ersten 100 Zeilen kosten 10 Pf. pro Woche. Bei längerer Dauer ermäßigt sich der Preis. Bei Anzeigen für den Auslandverkehr wird ein Zuschlag von 50% erhoben. Bei Anzeigen für den Auslandverkehr wird ein Zuschlag von 50% erhoben. Bei Anzeigen für den Auslandverkehr wird ein Zuschlag von 50% erhoben.

Anzeigenpreise: Die ersten 100 Zeilen kosten 10 Pf. pro Woche. Bei längerer Dauer ermäßigt sich der Preis. Bei Anzeigen für den Auslandverkehr wird ein Zuschlag von 50% erhoben. Bei Anzeigen für den Auslandverkehr wird ein Zuschlag von 50% erhoben. Bei Anzeigen für den Auslandverkehr wird ein Zuschlag von 50% erhoben.

Nr. 18

Dienstag, den 22. Januar 1918

13. Jahrgang

Eine neue Kriegsrede Lloyd Georges.

Amerikas Landhunger.

Man schreibt der „Köln. Ztg.“:
Der amerikanische Landhunger hofft während des Krieges auf eine ausnahmsweise reiche Ernte. Das eigentliche Ziel des Panzer-Imperialismus, das nach den Worten des Sprachers des Abgeordnetenhauses Champ Clark „vom Kap Horn bis zum Nordpol“ sich erstreckt, läßt sich ja wohl fürs erste noch nicht erreichen; aber auf eine Abschlagszahlung rechnet man sicher. Der Gedanke, die sämtlichen Inseln vor der atlantischen Küste Nordamerikas den Vereinigten Staaten Amerikas anzugliedern und auch die fremdländischen Besitzungen auf dem südamerikanischen Festland, die drei Guayanas, in diese Politik einzubeziehen, wurde zum erstenmal auf einem Kongreß für internationale Beziehungen verhandelt, den die Universität New York Ende April vorigen Jahres auf Long Beach bei New York veranstaltet hatte. In der Hauptsache war man sich dort darüber einig, daß der Grundbesitz der territorialen Nachbarschaft einem Lande gewisse Sonderrechte einräume, und daß die Vereinigten Staaten daneben noch andere Gründe hätten, den vorgelagerten Inselbesitz nebst den europäischen Guayanas an sich zu nehmen; die Sicherung des Panamakanals dünnte förmlich dazu. Amerika hat ja vor zwanzig Jahren schon in Kuba den Anfang gemacht und hat im Vorjahr mit dem Ankauf der dänischen westindischen Inseln einen weiteren Schritt in der Richtung getan, sein Festland vor möglicher Bedrohung von den europäischen Flottenstützpunkten aus, die unmittelbar vor seinen Toren liegen, zu schützen, indem es die Versuchung zu einem Angriff den Europäern aus den Händen wendet. Daß Frankreich und England, die Kriegsgenossen Amerikas, zufällig die Kuhnheier dieser gefährlichen strategischen Punkte sind, macht ja den Fall etwas unerquicklich; aber Geschäft ist Geschäft. Amerika hat jetzt eine Gelegenheit, wie sie ihm nie wieder geboten werden dürfte. Es kann die begehrten Besitzungen an sich reißen, ohne Waffengewalt anwenden zu müssen, indem es sie sich einfach als Hauptpreis für Kriegsdarlehen geben läßt, und dabei in der tröstlichen Gewissheit leben darf, daß die Pfandzettel doch nie zur Einlösung vorgezeigt werden. So ist der Friede erreicht und der Zustand gewahrt. Wie weit der Gedanke jetzt schon verwirklicht ist, wird kaum jemand zu sagen vermögen. Indes war es schon lange kein Geheimnis mehr, daß England seinem unerbittlichen Geldgeber die Bermuda-Inseln habe verschreiben müssen, und daß das „Mutterland“ mit jauerlicher Miene sich damit abgefunden habe, das Schicksal Dänemarks zu teilen. Nun kommt in diesen Tagen die Nachricht, daß auch Frankreich den amerikanischen Druck erlegen sei. Amerikanische höhere Land- und Seeoffiziere, die sich in Europa aufhalten, teilen mit, Frankreich habe als Sicherheit seiner jüngsten Anleihen in Wallstreet den Vereinigten Staaten seinen gesamten Kolonialbesitz in Mittelamerika (Frankreich-Guayana und Martinique) verpfändet. In Washington sei man überzeugt, daß Frankreich die Inseln nie mehr wieder einlösen können. Die französische Volksvertretung soll von dem Handel keine Kenntnis haben. Eine andere inzwischen allerdings widerwärtige Meldung aus London besagt, daß auch Gallien über die Klänge habe springen und Niederländisch-Guayana an Washington habe „verkaufen“ müssen. Daß dann auch Britisch-Guayana bereits in amerikanischen Händen sich befindet, ohne daß die Öffentlichkeit davon weiß, ist keine allzu gewagte Annahme. Wilson ist nicht nur ein großer Moralist, sondern offenbar ein noch besserer Geschäftsmann, der die Kontinente zu nützen weiß. Der Krieg hat immer mehr Segnungen für ihn. Macht er auch die Welt nicht sicher für die Demokratie, so macht er doch die Panzerrepublik sicher vor europäischen Angriffen!

Politische Uebersicht.

Die U-Boots-Erfolge.

Der U-Boot-Krieg im Dezember.

Durch kriegerische Maßnahmen der Mittelmächte sind im Monat Dezember 1917 insgesamt 702 000 Br.-T. des für unsere Feinde nutzbaren Handelskapitaumes vernichtet worden. Damit erhöhen sich die bisherigen Erfolge des unumgekehrten U-Bootkriegs

Der heutige amtliche Kriegsbericht.

(Amtl.) Großes Hauptquartier, 23. Januar.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Seezerguppe Kronprinz Rupprecht.

Bestlich von Osnabrück war die Kampftätigkeit der Artillerien am Tage und zu einzelnen Nachtstunden lebhaft. Mit kleinen Abteilungen versuchte der Engländer vergeblich, an mehreren Stellen in Flandern in unsere Kampfzonen einzudringen.

An der übrigen Front blieb die Gefechtsintensität mäßig.

Seezerguppe Kronprinz u. Herzog Albrecht.

In den Argonnen nördlich von Le Four De Paris stießen französische Kompanien nach tagsüber anhaltender Artilleriewirkung am Abend gegen unsere Stellungen vor. Sie wurden durch Feuer und im Nahkampf abgewiesen.

Auf dem Ostufer der Maas und in der Gegend von Hiltrey lebte das Artilleriefeuer zeitweilig auf.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

An der Magdonischen und Italienischen Front

ist die Lage unverändert.

Der Erste Generalquartiermeister

Ludendorff.

ges auf 8 958 000 Brutto-Register-Tonnen.

Das monatliche Versenkungsergebnis, mit dem das Jahr 1917 abschließt, ist in mehrfacher Hinsicht besonders befriedigend. Es stellt sich um etwa 100 000 Br.-T. höher, als das des Monats November und übertrifft auch dasjenige des September und Oktober noch um ca. 30 000 Tonnen.

Offensive im Westen und U-Boot-Krieg.

„Danzigblättern“ in Christiania schreibt in einer Kriegsüberblick über die erwartete deutsche Offensive an der Westfront: Die Möglichkeit für einen Durchbruch besteht, aber schon, wenn es den Deutschen gelingt, den Alliierten eine kräftige Gegenoffensive für längere Zeit unmöglich zu machen, hätten sie viel erreicht. Inzwischen wirkt der U-Boot-Krieg unaufhörlich weiter. Selbst wenn die Deutschen die Landoffensive aufgeben müßten, könnten sie ihre ebenso gefährliche wie wirksame Offensive zur See fortsetzen. Das können die Alliierten nicht, außer wenn sie ein Babanque-Spiel gegen die deutsche Flottenbasis wagen sollten. Die Hoffnung der Deutschen, mit den Unterseebooten, ihrem kräftigsten, sichersten Offensivmittel den Krieg zu gewinnen, scheint durch die Ergebnisse gerechtfertigt.

Eine neue Rede Lloyd Georges.

Ein verzwelfelter Appell.

Bei der Beratung der Delegierten der Gewerkschaften, die abgehalten wurde, um die Vorschläge der Regierung in der Frage der Truppenbestände zu prüfen, sagte Lloyd George: Die Alternative, vor der wir stehen, ist folgende: um die nötigen Mannschaften zu erhalten, gibt es kein anderes Mittel, als die Grenze des militärisch-tüchtigen Alters auf 55 Jahre zu erhöhen, wie dies bereits in Oesterreich geschehen ist, oder die Verwundeten immer wieder in die Feuerlinie zu schicken. — Wenn wir nicht intransigente sind, die deutsche Armee zu besiegen, wird es nicht möglich sein, die durchaus vernünftigen und gemäßigten Friedensbedingungen durchzuführen, die kürzlich von den Gewerkschaften verkündet wurden. Niemals werden die deutschen Machthaber geneigt sein, auch die mindesten Friedensbedingungen anzunehmen, die irgendein pazifistischer Redner unseres Landes aufstellen, wenn wir sie nicht dazu zwingen können. Wenn die Entente aber nicht intransigente ist, den heutigen Machthabern in Deutschland die Spitze zu bieten, so werden diese morgen die ganze Welt beherrschen. Die englische und französische, überhaupt die europäische Demokratie wird der Gnade einer grausamen Militärdiktatur ausgeliefert sein, wie sie die Welt nur je gesehen hat. Die Deutschen werden Belgien niemals räumen, wenn sie nicht dazu gezwungen werden. Wenn jemand an meiner Stelle ein ehrenhaftes und annehmbares Mittel zu finden imstande ist, um ohne Kampf aus diesem Konflikt herauszukommen, so beschwöre ich ihn im Namen Gottes, mir dieses Mittel zu nennen. Meiner Ansicht nach gibt es nur eine Alternative: Entweder setzen wir den Kampf fort oder wir unterliegen.

Su dem Gegenstand der internationalen Konferenz zurückkehrend, sagte Lloyd George, es sei viel besser, daß die Arbeiter zuerst die Ansichten ihrer eigenen Regierung ummodellieren. Die englischen Arbeiter sollen dies mit ihrer Regierung tun und das deutsche Volk mit seiner Regierung. Ein Delegierter fragte, ob die Regierung ebenso ehrliche Mittel gebraucht habe, ihre Vorschläge den Mittelmächten vorzulegen, wie die Mittelmächte ihrerseits.

Lloyd George antwortete, die Delegierten könnten sich darauf verlassen, daß die Regierung Frieden schließen würde, wenn irgendeine begründete Aussicht bestünde, unter Bedingungen, welche für sie (die Delegierten) ehrenhaft wären. Es ist Aufgabe der Regierung, auf Entdeckungen auszugehen, und wir wachen und beobachten natürlich fortwährend, ob irgendwelche Anzeichen dafür vorhanden sind, daß die deutsche Regierung wieder vernünftig wird (!) Leider muß ich sagen, können wir nichts anderes entdecken als völlige Verhärtung und feste Entschlossenheit, einen rein militärischen Triumph zu erzielen. Ueber den Ausdruck der

Freiheit der Meere

befragt, sagte Lloyd George: Ich möchte gern wissen, was die Freiheit der Meere bedeutet. Bedeutet sie Befreiung von U-Booten oder Ausschungerung dieses Landes? Wir müssen uns aber sorgfältig vor jedem Versuch einer Störung unserer Küstenschiffe hüten und ebenso vor jeder Störung unserer Schifffahrt. Ein Delegierter fragte: Ist der Premierminister willens, angelehnt der erklärten Einstimmigkeit der Alliierten mit den Kriegszielen dieser Regierung zu erklären, daß Schritte unternommen werden, um die Kriegsziele Amerikas und der Alliierten zu konsolidieren, damit Deutschland eine einheitliche Front entgegengestellt werde? Lloyd George antwortete: Wir hoffen, auf der großen Konferenz in Paris, die vor etwa zwei Monaten arbeitete, dazu in der Lage zu sein. Die Vertreter der russischen Regierung kamen herüber, aber inzwischen ereilte sie das Verhängnis. Es war ganz unmöglich, eine Koordination der Kriegsziele der Alliierten in Anwesenheit von Vertretern der russischen Regierung zu versuchen, und das war die Ursache, warum die Beratungen darüber nicht begannen. Konstantinopel war eines der Probleme. Wir hatten Konstantinopel als Kriegsziel ohne Zustimmung der russischen Regierung nicht fallen lassen können. Ich gebe zu, daß, wenn über die Kriegsziele der Alliierten, die von Wilson und mir dargelegt wurden, irgendein Zweifel bestünde, eine neuerliche Zusammenkunft wünschenswert wäre. Aber bisher herrschte nur völlige Uebereinstimmung.

Elisabeth-Bohringen

Ein Delegierter fragte, ob Lloyd George kurz erklären wolle, was er unter Reconsideration der Stellung Elisabeth-Bohringens verstehe. Lloyd George antwortete: Elisabeth-Bohringen war für die Franzosen fast 40 Jahre lang eine offene Wunde. Sie konnten während dieser ganzen Zeit nicht in Frieden leben. Ihre Ansicht ist zweifellos, daß es keinen Frieden mit Frankreich gibt, bis diese Frage ein für allemal erledigt ist, und daß diese Angelegenheit gereinigt werden muß, wenn es nicht zu einer ganzen Serie von Kriegen in Europa kommen soll. Unsere Ansicht ist deshalb, daß das französische Volk in erster Linie zu entscheiden hat, was es als Gerechtigkeit betrachtet. Und die Regierung ist entschlossen, der französischen Demokratie in ihrem Kampfe beizustehen. Ein Delegierter fragte: Ist es das französische Volk oder das Volk Elisabeth-Bohringens, das über seine Lage klärt? Lloyd George antwortete: Ein sehr beträchtlicher Teil der elisabeth-Bohringischen Bevölkerung wurde von den Deutschen gewalttätig expropriert, und wenn Ihr die wirkliche Bevölkerung Elisabeth-Bohringens nehmt, so besteht absolut kein Zweifel, daß die überwiegende Mehrzahl für die Alliierten unter französischer Flagge ist. (!)

Ein Delegierter fragte, ob Lloyd George sich sofort verpflichten wolle, daß im Falle der Erzielung eines Abkommens, wie es von ihm angedeutet wurde, die militärische Dienstpflicht ohne Verzug in England rückgängig gemacht würde. Lloyd George antwortete: Ich hoffe es, und wir kämpfen darum, daß nicht nur im eigenen Lande, sondern in allen Ländern Verhältnisse eintreten, die die Dienstpflicht rückgängig machen. Wir wollen das, was jetzt geschieht, für immer unmöglich machen.

Der Eindruck der Rede.

„Allgemeines Handelsblatt“ meldet aus London: Lloyd Georges Rede an die Gewerkschaftsdelegierten macht einen